

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 15 Pf. Alle Subskribenten sind zu bezahlen durch Postwechsel oder durch Schecks. Die Wilsdruffer Tageszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Angelagerter: die 8-spaltige Hauptzeile 20 Halbspalten, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbspalten, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Halbspalten. Rechenschaftsgebühren für 20 Halbspalten. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Kabotagepreis ist richtig, wenn der Betrag durch die Richtigkeit der Angaben eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Angelagerte nehmen alle Vermittlungskosten entgegen.

Nr. 192. 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 18. August 1926

Wolken über Genf.

Wir nähern uns schon sehr bedenklich dem Zeitpunkt, da in Genf die Völkerverammlung zusammentritt, um von neuem über den Beitritt Deutschlands zu beraten. Unsere Regierung ist entschlossen, den Fehler vom März nicht zu wiederholen, also bestimmt nicht eher eine Delegation nach Genf zu entsenden, ehe nicht die Situation völlig klar ist: ein zweites Mal wollen wir nicht wieder als ergebnislosbleibende Wilsdruffer vor der Tür des Reformationshauses stehen, dort, wo diese Versammlung tagt. Was man sich in Genf die Köpfe heißreden — wir werden sehen, was dabei herauskommt, werden uns vor allem das Resultat aber auch sehr genau ansehen.

Das Resultat der Märztagung war ja die Einsetzung einer Studientommission gewesen, die sich mit der Umorganisation des Völkervertrages — was überhaupt nicht notwendig war, nur eine Konjesson an Polen, Spanien, Brasilien bedeutete — eingehend beschäftigen sollte. Mit welchem Ergebnis, ist bekannt oder vielmehr unbekannt, weil es — gleich Null ist, so sehr, daß man jetzt in aller Eile noch eine Sitzung einberufen lassen will, um nochmals eine Einigung über die Frage der nicht-kündigen Eile zu versuchen.

Spanien, das damals die Situation durch seine Forderung nach einem ständigen Ratifizierungsrat, hat inzwischen seine Stellung politisch sehr erheblich verändert durch den Abschluß des sehr überraschend gekommenen Bündnisses mit Italien. Die erste Frucht ist das Verlangen nach einer Verlängerung seiner Inhaberschaft eines nicht-kündigen Ratifizierungs — genau wie Polen — oder die Abfertigung Tangers, das bekanntlich „international“ ist. Das ist eine alte spanische Forderung, richtet sich gegen Frankreich, das der „lateinischen Schwester nation“ jeden Fußbreit Bodens in Marokko mißgönnt, aber auch gegen England. Um nämlich einen gewissen Ausgleich gegen den Pfahl im Fleische Spaniens, Gibraltar, zu haben. Man geht sogar so weit, gleich einen ständigen Ratifizierungsrat — oder Tanger — zu verlangen. Prompt erwidert London, das selten alles Lebenfragen, die erledigt werden könnten, wenn nur erst Deutschland im Völkervertrag sei. Das hat man im März auch gesagt, doch kam alles doch ganz anders. Nun, die Studientommission wird wohl allerhand zu tun haben.

Dazu die Wollen, die vom Balkan heraufziehen, das Vorgehen Griechenlands mit Jugoslawien zusammen gegen das kleine Bulgarien. Man stimmt schon die Kriegsdrohmen und verbittet sich höflich, aber energisch die „Einnischung“ des Völkervertrages; das seien „Privatangelegenheiten“. Frankreich und namentlich England suchen den Funken zu löschen, ehe es zum Brand kommt, aber Italien, dessen Gegenpart gegen Frankreichs Einfluß auf dem Balkan ständig zunimmt, sieht schmunzelnd zu. Mit Rumänien und Griechenland hat es Lieferungsverträge für Kriegsmaterial abgeschlossen und die Regierung in Athen hat sowohl die englische Marine wie die französische Militärmission nach Hause gehen lassen. Nach Bulgarens Streit Italien auch schon die Fühler aus, darüber hinaus sogar nach — Moskau. Alles, um im Mittelmeer die Arme frei zu bekommen, weil die kolonialen Pläne Handelsfreiheit verlangen, das Mittelmeer dem beherrschenden französischen Einfluß zu entziehen.

In England und Frankreich vermehrt man noch die Schwierigkeiten durch die Hartnäckigkeit, die man mit dem deutschen Verlangen nach Verminderung der Besatzungstruppen behandelt. Alles mit der „Beurkundung“ uns gegenüber, die man mit einem bekannten Vers. Heines unter leichter Parierung charakterisieren kann: „Wenn ihr nur erst im Bunde seid, dann wird sich alles finden.“ Wir haben aber ein durch Erfahrungen reich gestärktes Misstrauen gegen derartige unbeschränkte Versprechungen, haben wirklich allzuviel Enttäuschungen erlebt, als daß wir wieder auf einen solchen Weim Frieden.

Die Wollen hängen also ziemlich tief — über Genf und es ist sehr fraglich, ob sich noch rechtzeitig ein — Wolkenschieber findet, der für ihr Verschwinden sorgt. Denn wir werden sicherlich nicht hingeben, ehe nicht der blaue Himmel mit völliger Klarheit darüber strahlt.

Der Fall Gernersheim.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird in London die französisch-deutsche Auseinandersetzung wegen der Vorfälle in Gernersheim mißbilligt, da eine Fortsetzung dieser Auseinandersetzung gefährlich für die guten Aussichten des Völkervertrages und für Locarno sein könnte. Die Ansicht sei, daß alle noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den verschiedenen Alliierten erzwungen werden müßten nicht vor, sondern erst nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkervertrag. Es sei wohl angemessen, die Zwischenfälle in Gernersheim von einer Kommission untersuchen zu lassen, die aus einem deutschen und einem französischen Delegierten sowie einem Engländer als Vorsitzenden bestünde.

Programm zur Arbeitsbeschaffung.

Hilfe für die Erwerbslosen.

Der vom Reichstag für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eingesetzte Unterausschuß erörterte mit den Vertretern der Reichsregierung und der Länder die Maßnahmen, die zur Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge geplant sind. Die Regierungsvertreter gaben eine ausführliche Darstellung der in Aussicht genommenen Arbeiten, die zum Teil in alternativer Zeit beginnen sollen.

Reichsbahn und Reichspost.

Gelegenheit zur Arbeit und damit zur produktiven Erwerbslosenfürsorge soll zunächst die Erweiterung der Baupläne für die Reichsbahn geben. Das Reich habe der Reichsbahn einen langfristigen Kredit in Höhe von 100 Millionen Mark zur Finanzierung des erweiterten Bauprogramms zu billigen Zinsen zur Verfügung gestellt. Auch der Plan der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn sei nunmehr zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft vertraglich sichergestellt, indem das Reich für diese Aufgabe ein weiteres Darlehen in Höhe von 20 Millionen Mark der Reichsbahngesellschaft gewähren würde.

Auch die Reichspost werde an der Erteilung von Aufträgen an die Industrie und damit an der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit teilnehmen können.

Wohnungsbauen.

Eine Belebung des Baumarcktes soll in den nächsten Wochen durch erleichterte öffentliche Kreditgebung für Bauvorhaben eintreten. Für den Bau von 10 000 Landarbeiterwohnungen sind vom Reich und von den Ländern besonders 30 Millionen Mark bereitgestellt. Diese Mittel werden mit zehnjähriger Tilgungsfrist als zinsloses Baudarlehen zur Verfügung gestellt.

Die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums berichteten im einzelnen über das Wasserbauproblem der Regierung. Hierbei ist hervorzuheben, daß die Durchführung der öffentlichen Werke des Mittellandkanals zwischen Peine und Burg nunmehr in Angriff genommen wird. Für das kommende Jahr sind allerdings erst 15 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Auch der Ottmachaulanal, der von der schlesischen Wirtschaft dringend gefordert wurde, würde gleichfalls in den nächsten Wochen in Angriff genommen. Für Bodenkultur sind zunächst 50 Millionen aus der Liquidation der Reichsgetreidegesellschaft bereitgestellt. In Aussicht sei genommen, für die Ostfließung in den nächsten fünf Jahren je 50 Millionen Mark im ordentlichen Etat zur Verfügung zu stellen. Für die Finanzierung der Meliorationsarbeiten und Flusssregulierungen kämen die Mittel, die im ordentlichen Haushalt für die produktive Erwerbslosenfürsorge eingesetzt sind, in erster Linie in Frage. Die Mittel sind im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von

Die Reichseinnahmen im Juli.

An Steuern, Zöllen und Abgaben.

Nach einer Übersicht des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben, einschließlich der aus den Einnahmen den Ländern usw. überwiesenen Anteile und der an den Generalagenten für Reparationszahlungen und an den Konmissar für die verpändeten Einnahmen abgelieferten Beträge, sind an Besitz- und Verkehrssteuern im Juli 476 400 922 Reichsmark, vom 1. April bis 31. Juli 1 449 661 629 Reichsmark aufgefunden gegenüber einem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1926 von 4 306 000 000 Reichsmark. An Zöllen und Verbrauchabgaben sind aufgefunden im Juli 231 577 745 Reichsmark, vom 1. April bis 31. Juli 713 480 294 Reichsmark gegenüber einem Jahresvoranschlag von 1 959 300 000 Reichsmark, und an sonstigen Abgaben im Juli 708 004 928 Reichsmark, vom 1. April bis 31. Juli 2 163 296 823 Reichsmark gegenüber einem Jahresvoranschlag von 6 465 300 000 Reichsmark.

Zusammenarbeit von Ruhr- und Dongebiet

Schon jetzt positive Ergebnisse.

Der von einem längeren Aufenthalt in Rußland zurückgekehrte Syndikus der Essener Handelskammer Dr. Recklin berichtet über eine bereits eingeleitete Zusammenarbeit von Ruhr- und Dongebiet. Der Besuch in Rußland erfolgte auf eine Aufforderung des Donkohlentrusts, der seit einem Jahr etwa in starke Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Industrie zwecks Ausbaues seiner Kohlenanlagen getreten ist. Es erwies sich, daß eine Zusammenarbeit von Ruhr- und Dongebiet deshalb möglich ist, weil das Kohlenvorkommen in beiden Gebieten sich bezüglich der Mächtigkeit der Röhre und der

100 Millionen Mark festgesetzt. Es wird beabsichtigt, auf dem Anleihewege diesen Betrag noch zu verdoppeln. Für den Straßenbau werde ein Gesamtprogramm alsbald aufgestellt, und zwar in Verbindung mit den Ländern, und ist für die Dauer von zehn Jahren vorgesehen.

Bei den Beratungen wurde auch mitgeteilt, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Zahl der zugelassenen ausländischen Landarbeiter von 130 000 auf 100 000 für das nächste Jahr herabzusetzen.

Gegen die Rückgabe von Eupen-Malmédy.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Brüssel, 18. August. Die „Nation Belge“ bringt ein Interview mit dem ehemaligen Militärgouverneur von Eupen-Malmédy, General Bolla, der sich energisch gegen eine Rückgabe dieser Bezirke an Deutschland wendet. Bolla erklärte, eine Rückgabe Eupen-Malmédys würde eine vollkommene Verleugnung der vertraglichen Rechtsverhältnisse sein. Eupen-Malmédy dürfe kein Verfallsobjekt werden.

Die englischen Bergarbeiter wollen verhandeln.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 18. August. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat in ihrer Nachmittagsitzung des heutigen zweiten Verhandlungstages den Vollzugsanschuß bevollmächtigt, mit den Grubenbesitzern und der Regierung Verhandlungen aufzunehmen und zwar unter der Bedingung, daß die Verhandlungen sich auf den Abschluß eines nationalen Abkommens erstrecken müssen und örtliche Abmachungen nicht getroffen werden. Baldwin, der ursprünglich im Falle eines ungünstigen Ausgangs der Beratungen seine Rückkehr nach London noch um einen Tag verschieben wollte, wird nunmehr für morgen in London erwartet. Der Arbeits- und Bergbauminister treffen bereits heute nach hier ein.

Spanien und die Revision des Tangersstatuts.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Madrid, 18. August. In Regierungskreisen wird erklärt, daß Spanien darauf dringen werde, daß Tanger in die spanische Zone eingezogen werde. Falls Spanien mit seinen Forderungen keinen Erfolg haben werde, so würde das den Anfang schwerer internationaler Erschütterungen bedeuten. Spanien wolle keineswegs grundsätzlich eine Gefährdung der internationalen politischen Lage heraus beschwören, es müsse jedoch die Gewißheit haben, daß seinen berechtigten Forderungen entsprechende Beachtung geschenkt werde. Debate meldet aus Tanger, daß eine Abordnung streikender Arbeiter Änderungen des Tangersstatuts verlangten, dessen Bestimmungen den Interessen der Arbeiterschaft entgegen ständen.

Art der Stöbe sehr ähnlich, so daß für das Dongebiet dieselben Maschinen und Abbaumethoden in Frage kommen wie für das Ruhrgebiet. Der Donkohlentrust ist der bedeutendste Trust ganz Rußlands, denn von dem Ausschluß seiner Kohle ist die Entwicklung der gesamten übrigen Industrien abhängig.

Das Streben nach Zusammenarbeit mit dem Ruhrbezirk hat bereits positive Ergebnisse gezeitigt. Es sind mit rheinisch-westfälischen Firmen Abschlüsse, die neue Schachtanlagen, Koksanlagen, Anlagen zur Nebenproduktgewinnung u. a. betreffen, getätigt worden. Daneben laufen Bestellungen auf große Maschinen und andere Betriebsmittel.

Das wesentlichste Ergebnis des Aufenthaltes in Rußland ist, daß es der dorthin entsandten Kommission ermöglicht worden ist, einen tieferen Einblick in das ganze Neubeschaffungsprogramm des Donkohlentrusts im kommenden und in den nächsten fünf Jahren zu erhalten und mit dem Südstahltrust in gleiche Verhandlungen einzutreten.

Ende der Lessing-Affäre.

Das Verfahren gegen die Studenten eingestellt.

Das Verfahren gegen die Studenten der Technischen Hochschule Hannover in Sachen Lessing ist seitens der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Wegen Verleumdung, Mißhandlung und Hausfriedensbruchs konnte ein Verfahren nicht eingeleitet werden, weil Professor Dr. Lessing es abgelehnt hat, Strafantrag zu stellen. Im übrigen war zu prüfen, ob das Vorgehen der Studenten sich als eine einfache Demonstration oder als ein Nötigungsversuch darstellt. Es wurde festgestellt, daß seitens des Vorstandes der Studentenschaft beschlossen worden war, Professor Lessing